<https://www.welt.de/politik/deutschland/plus190903471/Ralf-Schuler-Auszug-aus-Lasst-uns-Populisten-sein.html>

**Durchmogeln und Wegducken?**

**Das wird nicht mehr akzeptiert**

**Politik beginnt mit dem Betrachten der Wirklichkeit – vielen Mandatsträgern fehlt jedoch der Wille dazu. Populismus hilft drastisch nach und erzwingt es andernfalls.**

**BILD-Journalist Ralf Schuler über eine systemische Erschöpfung der Demokratie.**

„Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst des Populismus. Alle Mächte des alten Europa haben sich zu einer heiligen Hetzjagd gegen dies Gespenst verbündet.“ Vom Papst bis zu deutschen Polizisten. „Wo ist die Oppositionspartei, die nicht von ihren regierenden Gegnern als populistisch verschrien worden wäre?“ Daraus geht hervor: „Der Populismus wird bereits von allen europäischen Mächten als Macht anerkannt.“

Geschichte wiederholt sich nicht. Auch jegliches Manifest hat seine Zeit. Doch es gehört zu den kleinen Scherzen der Historie, dass man nur den -ismus in [Marxens Manifest](http://welt.de/178200198" \t "_blank) austauschen muss, um knapp 200 Jahre danach ein Déjà-vu zu erleben. Denn in Wahrheit war Marxens Kommunismus der (wissenschaftlich verbrämte) Populismus des heraufziehenden Industriezeitalters für die malochenden Massen, wurde bekämpft (wie alle nachfolgenden Populismen) von der jeweils etablierten Konkurrenz und hat erst heute aus sicherer historischer Distanz für einige Linke eine sonnig-romantische Patina erhalten. Den Millionen seiner Opfer zum Hohn und Trotz.

Tatsächlich haben Bewegungen, die unter das politische Schlagwort „Populismus“ oder „Rechtspopulismus“ fallen, derzeit fast überall in Europa Konjunktur. Von dem Rassemblement National (ehemals Front National) in Frankreich über Geert Wilders’ Freiheitspartei in Holland, die Schweizerische Volkspartei, Ukip in Großbritannien, die italienische Lega oder die FPÖ in Österreich und die AfD in Deutschland. Nach gängiger Lesart fallen auch die Regierungsparteien in Polen, Tschechien, der Slowakei und [Ungarn](http://welt.de/189691423) unter das Rubrum Rechtspopulismus, und der Wahlsieg von [Donald Trump](http://welt.de/187324874) in den USA lässt sich ebenfalls in dieses politische Phänomen einordnen. Es ist längst kein Gespenst mehr, das hier umgeht, sondern harte politische Realität.

Was zahlreiche linke Strömungen betreiben, ist zwar ebenfalls meist blanker Populismus, wird aber nicht in annähernd ähnlichem Maße gegeißelt. Für Linke sind die immer gleichen Patentrezepte zur Auflösung aller (Klassen-)Widersprüche und zur finalen Verbesserung der Welt noch immer aktuell: Verstaatlichung, Enteignung, Umverteilung, Zerschlagung bürgerlich-kapitalistischer Strukturen. Aber das trieb Europa nicht wirklich um und wird als normal hingenommen. Links eben.

Wer einen Blick auf die Zeiten zwischen Marxens und dem aktuellen Populismus wirft, in denen die Ideen des Trierers mithilfe mehr oder weniger blutiger Mittelsmänner in verschiedenster Weise die Massen ergriffen und die Welt durchaus veränderten, der kann daraus nur den Schluss ziehen: Populismen sind kein ärgerlicher Irrweg der Moderne, sondern eine Art politische Antimaterie, die sich vor Epochenbrüchen zu einem schwarzen (oder andersfarbigen) Loch verdichtet, verlässlich und beständig Geglaubtes absorbiert und allein dadurch sichtbar wird, dass die Umgebung die Kontur dieser Gegenwelt nachzeichnet.

Der Politologe Daniel Dettling bescheinigte dem europäischen Rechtspopulismus sogar die Funktion eines heilsamen Korrektivs und Ansporns für die konkurrierenden politischen Kräfte ([„Süddeutsche Zeitung“, 23. Januar 2019](https://www.sueddeutsche.de/politik/aussenansicht-populisten-sind-nuetzlich-1.4297880)). Höchste Zeit, hinzusehen. Höchste Zeit, den Kern zu erforschen. Höchste Zeit, nach Reaktionen zu suchen, die im besten demokratischen Sinne inklusiv sind. „Rechte raus!“ zu rufen reicht nicht. Sie bleiben drin und dürfen sogar wählen.

Einer, der diese Vertrauenskrise als Erster ungeschminkt ausgesprochen hat, ist der frühere Bundesumweltminister und Außenpolitiker Norbert Röttgen (CDU). „Wir erleben in den westlichen Demokratien, und seit einiger Zeit auch in Deutschland, eine ernste Krise, die ich als systemische Erschöpfung bezeichnen würde. Die globalen Veränderungen sind riesig, und gleichzeitig hat die etablierte Politik ihren Gestaltungsanspruch aufgegeben. Das macht vielen Menschen Angst. Wir müssen wieder politisch gestalten, denn tun wir das nicht, wird es weiter dramatisch den Bach runtergehen.“ ([„Der Spiegel“, Nr. 41/2018](https://www.spiegel.de/plus/norbert-roettgen-rechnet-mit-angela-merkel-ab-den-bach-runter-a-00000000-0002-0001-0000-000159786764)).

Die Situation ist weder neu, noch war sie bislang schwer zu erkennen, und so ist es ein bemerkenswertes Faktum, dass es bis zum Oktober 2018 braucht, bevor ein aktiver Politiker die Dinge ungeschminkt beim Namen nennt. „Die Mitte schrumpft, die populistischen Ränder wachsen. Anderswo, etwa in Italien, haben diese Ränder inzwischen die Regierung erobert. Trotzdem fehlt noch immer das Bewusstsein dafür, wie breit und tief die Krise ist. Davon ist keiner auszunehmen, auch die CDU nicht. Aber dieser Befund gilt deutlich über die Regierungsparteien hinaus.“ Mit anderen Worten, gerade jene Parteien, die eigentlich die Mitte repräsentieren sollten, stehen ratlos ihrer eigenen Klientel gegenüber und verfügen offenbar nicht mehr über das Sensorium, die relevanten Meinungsströme aufzunehmen. Oder es fehlt der Wille.

Wer daraus Schlüsse für das Funktionieren oder Nichtfunktionieren des politischen Systems ziehen will, muss sich vor Augen führen, dass diese Erkenntnis bei Röttgen und vielen anderen in seiner Partei trotz allgemeiner Offensichtlichkeit erst vorgetragen wird, wenn die persönliche Betroffenheit der Akteure in Gestalt von Mandatsverlust auf dem eigenen Bildschirm erscheint.

Die SPD ist im Herbst 2018 bereits dauerhaft unter 20 Prozent auf Bundesebene, und bei der Union zeichnet sich ein nachhaltiges Unterschreiten der 30-Prozent-Marke ab. Die „personelle Stabilität“ der Ära Merkel verkehrt sich hier in ihr Gegenteil, wird zum Nachteil für die Partei und destabilisiert das System. Womit man vermutlich gut leben könnte, wenn es nicht am Ende auch den eigenen Posten der politischen Akteure gefährdete.

Nicht ohne Grund hat sich die neue CDU-Vorsitzende [Annegret Kramp-Karrenbauer](http://welt.de/190782657) gleich nach der Amtsübernahme beeilt, in zahlreichen offenen Dialogformaten zu Migration oder einem neuen Grundsatzprogramm für alle sichtbar frische Luft ins Innere der Partei zu lassen.

Doch das Problem sitzt in Wahrheit noch viel tiefer. Neben der Unfähigkeit, die Essenz der von vermeintlichen Populisten besetzten Themenfelder zu verstehen und sie diesen zu entziehen, fehlt auch der Wille dazu. Dahinter steckt das hartnäckige Missverständnis, Dinge, die man als progressiv und zukunftsweisend erkannt zu haben glaubt, seien gewissermaßen unverrückbar, demokratischer Korrektur und Gestaltung entzogen. Weil „Abschottung“ keine Lösung, reaktionär und geradezu ein Tabu ist, durfte und darf über Grenzen, Migrationskontrolle, Begrenzung von Zuwanderung und eben Abschottung nur eingeschränkt und nicht wirklich ergebnisoffen diskutiert werden.

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Niemand spricht hier plumper Abschottung, Stacheldraht und gekappten Strömen von Waren und Dienstleistungen das Wort. Aber Politik muss die Bedingungen, unter denen sich Globalisierung, Freizügigkeit und Migration vollziehen, begründen. Sie muss die Menschen davon überzeugen, dass die Vorzüge die Nachteile überwiegen oder zumindest in einem guten Verhältnis zueinander stehen. Wem das nicht gelingt, der erntet Mehrheiten für stumpfe Abschottung oder den [Brexit](http://welt.de/190852005" \t "_blank).

Politik beginnt mit dem Betrachten der Wirklichkeit – Populismus hilft drastisch nach und erzwingt es andernfalls. Multilateralismus, Identitätspolitik, globalisiertes Handeln und Wirtschaften, der Brexit, Klimawandel, die Europäische Union und der Euro, soziale Repräsentativität von Medien, Grenzen der Integration … Es ist eine lange Liste von Themen, bei denen jedes einzelne so von Glaubenssätzen umstellt und blockiert ist, dass Unzufriedenheit der Bürger leider nicht berücksichtigt werden kann, weil es höhere Einsichten gibt, die dem im Wege stehen.

Um es klar zu sagen: Bei all diesen Themen müssen Grundwerte und Überzeugungen nicht aufgegeben oder gebeugt, sondern vertreten werden. Notfalls unter Verlust des Mandats. Es ist das Durchmogeln, Wegducken und Überspielen von Konflikten, was nicht mehr akzeptiert wird.

*Ralf Schuler, Jahrgang 1965, ist Leiter der Parlamentsredaktion von „Bild“. Der Text ist ein Auszug aus seinem Buch „Lasst uns Populisten sein“*